

Gemeindeversammlung in Feschel:

1,2-Mio.-Neubau gutgeheissen

Feschel. — Am Abend des 4. Dezember 1981 fanden sich 34 Bürgerinnen und Bürger zur ordentlichen Urversammlung im Gemeindehaus ein. Präsident Meichtry dankte für das zahlreiche Erscheinen und die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Diese Versammlung sei nicht eine der ordentlichen Zusammenkünfte. Es gehe diesmal vielmehr darum, zu bestimmen, wie der Weg in die Zukunft weiterführe.

Keine Diskussionen löste die Vorlage des Kostenvoranschlages aus. Ohne weitere Rückfragen segneten die Teilnehmer die Zahlenmaterie ab. In Zukunft müssen die Bauherren, welche keine Garagen oder Privatparkplätze vorweisen können, der Gemeinde einen Beitrag überweisen. In Zukunft wird es in Feschel keine Wasserzähler geben. Will man für Gewerbebetriebe Zähler oder eine Pauschale einführen? So lautete die Frage der Verwaltung. Man entschied sich für einen Pauschalbeitrag

Mit dem Vorschlag der ForstbeKSr-den für die Ersatzaufforstung (in Sachen Skilift Semse — Horlini) konnte man sich nicht anfreunden. Es wäre viel wichtiger, wenn man dem Lawinenzug in Richtung Dorf Feschel mehr Aufmerksamkeit schenken würde.

Verkaufsladen /Restaurant

Seit mehreren Jahren existiert in der Gemeinde weder Verkaufsladen noch Restaurant. Kann oder

soll die Gemeinde ein Gebäude errichten, das beides beinhaltet? Um diese Frage entbrannte eine ausführliche Diskussion, die nicht immer emotionslos verlief. Jeder Haushaltung hatte die Verwaltung eine Broschüre mit den wichtigsten Angaben zugestellt. So waren die Anwesenden bereits gut orientiert. Verschiedene Redner äusserten unverhüllt ihre Skepsis. Sie wiesen hin auf die schwierige Finanzlage, in welche die Gemeinde durch den Bau geführt würde. Immerhin sind 1,2 Mio. Franken für Feschel kein Pappenstiel.- Arbeitsplätze, Dorfbeiz, Treffpunkt und Einkaufsmöglichkeit hiessen die Befürworter-Argumente—

Man solle doch nicht schon zum voraus vor jedem Franken Schuld Angst haben und deshalb den Teufel mehr als schwarz malen. Nach der Redeschlacht schritt man zur geheimen Abstimmung. 80 Prozent der Urnengänger legten ein Ja ein, 20 Prozent bevorzugten ein Nein. So hat nun die Verwaltung eine neue Aufgabe erhalten. Pläne müssen erstellt und die Finanzfrage gelöst werden. Eine Bedingung ist nämlich, dass viel zinsfreie Kapitalien beschafft werden müssen. SM

